

## Niederschrift

über die 34. Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 10.12.2019  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2 Satzung zur Dachbegrünung in der Stadt Meerbusch Vorlage: FB4/0943/2019</b> .....	4
<b>3 Schließung des Bahnübergangs Függershofweg/Steinrath durch die Deutsche Bahn Netz AG Vorlage: FB4/1064/2019</b> .....	5
<b>4 Taktverdichtung der Buslinien SB 51 und 830/831 sowie der Stadtbahnlinie U76 Vorlage: DezIII/1058/2019</b> .....	6
<b>5 Anträge</b> .....	7
<b>5.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2019 aus der Sitzung des Sozialausschusses vom 18.09.2019: Konzept für Wohnungslose Vorlage: FB4/0285/2019</b> .....	7
<b>6 Anfragen</b> .....	8
<b>7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	8
<b>8 Termin der nächsten Sitzung: 06. Februar 2020</b> .....	8
<b>9 Verschiedenes</b> .....	8
<b>9.1 Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes - weiteres Vorgehen</b> .....	8
<b>9.2 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) - Mehr Wohnbauland am Rhein - Zweite Öffentlichkeitsbeteiligung</b> .....	10

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Anwesend:

**Bürgermeisterin**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

**Vorsitzender**

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Vetretung für Herrn Jürgens bis  
18:35 Uhr

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Anwesend ab 18:35 Uhr

Frau Norma Köser Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Dieter Jünge-  
kes

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Frau Kirsten Danes Sachkundige Bürgerin

Vertretung für Herrn Thomas Gaber-  
nig

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marcel Müller Sachkundiger Bürger

**Beratende Mitglieder**

Herr Hubert Kräling Seniorenbeirat

**von der Verwaltung**

Frau Isabel Briese Fachbereich 4

Herr Jürgen Gatzlik Bereichsleiter Fachbereich 6

Frau Frauke Köppen Fachbereich 4

Frau Andrea Laermanns Fachbereich 4

**Schriftführerin**

Frau Christina Ruban

Fachbereich 4

es fehlen:

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dieter Jüngerkes

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Öffentliche Sitzung

### 1 Einwohnerfragestunde

Ein Vertreter der BUND Ortsgruppe Meerbusch begrüßt es sehr, dass die Verwaltung eine Gründachsatzung erarbeitet hat und überreicht der Verwaltung einen Ordner mit Informationsmaterialien.

### 2 Satzung zur Dachbegrünung in der Stadt Meerbusch Vorlage: FB4/0943/2019

#### Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966), in Verbindung mit § 89 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung, BauO NRW), in Kraft getreten am 4. August 2018 und am 1. Januar 2019 (GV. NRW. 2018 S. 421); zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 26. März 2019 (GV. NRW. S. 193), in Kraft getreten am 10. April 2019 die Satzung zur Dachbegrünung in der Stadt Meerbusch (Gründachsatzung) in der als Anlage zur vorliegenden Vorlage beigefügten Fassung.

#### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Ratsherr Schoenauer berichtet, dass die CDU-Fraktion sich von einem Fachmann für Gründächer beraten habe lassen. Er beantragt den § 5 der Gründachsatzung um einen weiteren Absatz zu ergänzen:

Der Bauherr kann auf Antrag mit Vorlage einer Bescheinigung eines Fachbetriebes von der Verpflichtung gem. § 2 dieser Satzung befreit werden, wenn eine Dachfläche im Schatten liegt und für eine Begrünung nicht geeignet ist.

Ratsherr Rettig begrüßt die Einführung der Gründachsatzung und fragt nach, ob diese auch dann gelte, wenn für ein bestehendes Plangebiet der Bebauungsplan keine Regelung zur Dachbegrünung beinhalte.

Ausschussvorsitzender Damblon erläutert, dass der Bauherr in so einem Fall frei entscheiden könne, ob er von einer Dachbegrünung absieht. Die Gründachsatzung gilt nur im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB. Eine Verpflichtung innerhalb von Bebauungsplänen muss im Bebauungsplan enthalten sein oder durch Änderung noch neu aufgenommen werden.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes betont, dass durch die Einführung der Gründachsatzung das Stadtklima verbessert werde.

Nach Abschluss der Diskussion lässt Ausschussvorsitzender Damblon über die beantragte Ergänzung und den Beschlussvorschlag gemeinsam abstimmen.

### **3 Schließung des Bahnübergangs Függershofweg/Steinrath durch die Deutsche Bahn Netz AG Vorlage: FB4/1064/2019**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt die in der Anlage zur vorliegenden Vorlage beigefügten Stellungnahme zur Schließung des Bahnüberganges Függershofweg/Steinrath durch die Deutsche Bahn Netz AG.

#### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Ratsherr Schoenauer beantragt, die Stellungnahme der Stadt Meerbusch zur Schließung des Bahnübergangs Függershofweg/Steinrath um folgenden Aspekt zu ergänzen: Falls der Bahnübergang geschlossen wird, muss zunächst der geplante Geh- und Radweg entlang des Strümper Wegs auf Krefelder Stadtgebiet und der neue Bahnübergang Strümper Weg mit abgesetztem Überweg in Betrieb sein, bevor der Übergang Függershofweg/Steinrath beseitigt werden kann.

Ausschussvorsitzende Damblon lässt über die beantragte Ergänzung und den Beschlussvorschlag gemeinsam abstimmen.

#### 4 Taktverdichtung der Buslinien SB 51 und 830/831 sowie der Stadtbahnlinie U76 Vorlage: DezIII/1058/2019

##### Beschluss:

- 1.) Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, das derzeitige Fahrplanangebot auf der Buslinie SB 51 im Rahmen des Schnellbuskonzeptes der Rheinbahn auf einen 20 bzw. 30 Minuten Takt von Montag bis Samstag und einen 60 Minuten Takt am Sonntag auszuweiten.
- 2.) Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, das derzeitige Fahrplanangebot auf den Buslinien 830/831 an Samstagen auf einen 20 Minuten Takt auszuweiten.
- 3.) Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, das derzeitige Fahrplanangebot auf der Stadtbahnlinie U76 an Samstagen auf einen 20 Minuten Takt auszuweiten

##### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Ausschussvorsitzender Damblon verweist auf die Beratungsvorlage mit dem Vorschlag einer Taktverdichtung der Buslinien S 51 und 830/831 sowie der Stadtbahnlinie U 76. Die Maßnahme wird von allen Fraktionen als weiterer Schritt zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV begrüßt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Rettig nach der Finanzierung der allgemeinen Verbandsumlage erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage die Eckpunkte. Von den 26 Gebietskörperschaften des VRR würde insgesamt eine allg. Verbandsumlage von 600 Mio. € aufgebracht. Hiervon entfielen 4,418 Mio. € auf Kommunen im RK Neuss, davon 2,843 Mio. € auf die Stadt Meerbusch. Im März 2020 würde die Verbandsumlage für das Jahr 2020 verhandelt.

Als Ergebnis des lokalen Anhörungsgesprächs sei im Januar 2018 zwischen dem RK Neuss und der Rheinbahn AG mit Zustimmung der Stadt Düsseldorf im April 2018 eine Vereinbarung geschlossen worden, in der Höchstbeträge bis zum Jahre 2042 vereinbart worden seien.

Zur besseren Übersicht sind die bisher geltenden Beträge und Betriebsleistungen in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die Zeile „2020 lt. Vereinbarung“ enthält die vorgenannten vertraglich vereinbarten Höchstbeträge.

Aufgrund der defizitären Situation des Unternehmens sei die Rheinbahn nun auf Kommunen zugegangen mit dem Wunsch, die Preise wie in der letzten Zeile dargestellt über die Höchstbeträge hinaus drastisch anzuheben. Mehrleistungen durch Erhöhung von Taktfrequenzen und höherer Fahrleistung müssten selbstverständlich finanziert werden. Für weitere Erhöhungen müssten konkrete Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung angestoßen sein. Zudem müsse geprüft wer-

den, welche Auswirkungen auf die Umlagen die vom Bund bereitgestellte Erhöhung der Zuschüsse um 1,2 Milliarden jährlich von 2020 bis 2023 hätten.

Jahr	Preis pro Kilometer Bus	Kilometer-Leistung Bus	Kosten Bus insgesamt	Preis pro Kilometer Bahn	Kilometer-Leistung Bahn	Kosten Bahn insgesamt
2017 (RE)	0,72 €	1.218.000	876.950,- €	3,49 €	445.000	1.553.050,- €
2018 (VE)	0,75 €	1.408.000	1.056.000,- €	3,50 €	453.000	1.585.500,- €
2019 (VE)	0,75 €	1.465.000	1.098.750,- €	3,50 €	453.000	1.585.500,- €
2020 (lt. Vereinbarung)	0,80 €	1.465.000	1.172.000,- €	3,80 €	453.000	1.721.400,- €
2020 (Vorschlag Rheinbahn)	1,04 €	1.465.000	1.523.600,- €	3,97 €	453.000	1.798.410,- €

Nach Abschluss der Diskussion lässt Ausschussvorsitzender Damblon über den Beschlussvorschlag abstimmen.

## 5 Anträge

### 5.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2019 aus der Sitzung des Sozialausschusses vom 18.09.2019: Konzept für Wohnungslose Vorlage: FB4/0285/2019

#### Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beauftragt die Verwaltung mit der Suche eines für den Neubau einer Obdachlosenunterkunft geeigneten Grundstückes mit Darstellung der erforderlichen planungsrechtlichen Voraussetzungen. Unter dem Vorbehalt, dass der Rat der Mittelbereitstellung für das Neubauvorhaben in den Haushalt 2020 zustimmt, soll die bauliche Realisierung möglichst bereits in 2020 erfolgen.

#### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt aus, dass aus Sicht der SPD-Fraktion dringender Handlungsbedarf zum Neubau einer Obdachlosenunterkunft bestehen würde.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, derzeit seien in den Gebäuden Strümper Str. 81 + 83 20 Asylbewerber und 20 Obdachlose untergebracht. Aus Sicht der Verwaltung sei eine temporäre Umsiedlung der Obdachlosen in Asylbewerberheime aufgrund diverser Problemlagen nicht vertretbar. Zudem sei beabsichtigt, die Asylbewerber vom Standort Fröbelstr. – insgesamt rd. 110 Personen –

bei Entwicklung der Flächen der ehemaligen BGS auf freie Plätze in den übrigen Asylbewerberunterkünften umzusiedeln, so dass sich die Anzahl der derzeit freien Plätze an diesen Standorten deutlich minimiere. Insofern scheidet die derzeitige Fläche an der Strümper Str. für ein Neubauvorhaben aus.

Als Ergebnis der anschließenden Diskussion konkretisiert Ausschussvorsitzender Damblon den Beschlussvorschlag, über den dann abgestimmt wird.

## **6       Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor

## **7       Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

## **8       Termin der nächsten Sitzung: 06. Februar 2020**

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften findet am 06. Februar 2020 statt.

## **9       Verschiedenes**

### **9.1     Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes - weiteres Vorgehen**

Ausschussvorsitzender Damblon bittet den Ausschuss, sich zur Stellungnahme der Bezirksregierung zu den Änderungswünschen zu äußern.

Ratsherr Peters erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Stellungnahme der Bezirksregierung hinsichtlich der Sortimentsliste zustimme, allerdings nicht der Veränderung der Einzugsbereiche für den zentralen Versorgungsbereich (ZVB) Osterath.

Ratsherr Schoenauer schlägt vor, die Sortimentsliste entsprechend des Gutachtens beizubehalten und den Nonfood-Discounter Action in den ZVB Osterath an der östlichen Meerbuscher Straße/angrenzend zur Bahnlinie aufzunehmen.

Ratsherr Weyen schlägt vor, auch das Gelände des Lebensmittelmarktes Edeka in den zentralen Versorgungsbereich Osterath aufzunehmen.

Ratsherr Focken erklärt, dass die SPD-Fraktion die Auffassung der CDU-Fraktion teile.

Nach Abschluss der Diskussion konkretisiert Ausschussvorsitzender Damblon die drei gestellten Änderungsvorschläge, über die dann abgestimmt wird.

**1. Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, dass der Nonfood-Discounter Action in den zentralen Versorgungsbereich Osterath im Bereich Meerbuscher Straße an der östlichen Meerbuscher Straße/angrenzend zur Bahnlinie aufzunehmen ist.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>16</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Ratsherr Quaß nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**2. Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, das Gelände des Lebensmittelmarktes Edeka in den zentralen Versorgungsbereich Osterath aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		1	
UWG/Freie Wähler	1		
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>3</b>	<b>13</b>	<b>0</b>

Ratsherr Quaß nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**3. Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, dass die beschlossenen Sortimente „Fahrrad / -zubehör (ohne Bekleidung)“ und „Möbel, Antiquitäten inkl. Kücheneinrichtungen, Büromöbel, Badmöbel, Gartenmöbel“ nicht zentrumsrelevant werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>16</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Ratsherr Quaß nimmt an der Abstimmung nicht teil.

## 9.2 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) - Mehr Wohnbauland am Rhein - Zweite Öffentlichkeitsbeteiligung

Frau Briese berichtet, dass die Bezirksregierung Düsseldorf im Zuge der 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) - Mehr Wohnbauland am Rhein - eine zweite Beteiligung der Öffentlichkeit vom 06. Dezember 2019 bis zum 17. Januar 2020 durchführt. Die Fläche NE\_Mee\_01 auf Meerbuscher Stadtgebiet ist nunmehr nicht mehr Gegenstand der 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf. Alle anderen Änderungsflächen bleiben erhalten.

Eine beantragte Fristverlängerung zur Stellungnahme wurde seitens der Bezirksregierung nicht gewährt.

Eine erneute Stellungnahme ist verfahrensrechtlich nicht erforderlich, soll jedoch im Tenor der ersten Stellungnahme abgegeben werden.

Meerbusch, den 16. Dezember 2019

---

Werner Damblon  
Ausschussvorsitzender

---

Christina Ruban  
Schriftführer/in